

Femonationalismus und Staatsfeminismus

Farris, Sara R.

2015

<https://doi.org/10.25595/4542>

Veröffentlichungsversion / published version
Sammelbandbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Farris, Sara R.: *Femonationalismus und Staatsfeminismus*, in: Walgenbach, Katharina; Stach, Anna (Hrsg.): *Geschlecht in gesellschaftlichen Transformationsprozessen* (Opladen: Barbara Budrich, 2015), 75-89. DOI: <https://doi.org/10.25595/4542>.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: <https://doi.org/10.3224/84740619>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>

GESCHLECHT

IN GESELLSCHAFTLICHEN TRANSFORMATIONSPROZESSEN



Katharina Walgenbach, Anna Stach (Hrsg.)

Schriftenreihe der Sektion **Frauen- und Geschlechterforschung**
in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft

Schriftenreihe der Sektion Frauen- und
Geschlechterforschung in
der Deutschen Gesellschaft für
Erziehungswissenschaft (DGfE)

Band 4

Katharina Walgenbach
Anna Stach (Hrsg.)

Geschlecht in gesellschaftlichen Transformationsprozessen

Verlag Barbara Budrich
Opladen • Berlin • Toronto 2015

Übersetzungen gefördert von der Hans-Böckler-Stiftung

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt auf FSC®-zertifiziertem Papier, CO₂-kompensierte Produktion. Mehr Informationen unter <https://budrich.de/nachhaltigkeit/>. Printed in Europe.

© 2015 Dieses Werk ist beim Verlag Barbara Budrich GmbH erschienen und steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0): <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>
Diese Lizenz erlaubt die Verbreitung, Speicherung, Vervielfältigung und Bearbeitung unter Angabe der Urheber*innen, Rechte, Änderungen und verwendeten Lizenz.
Stauffenbergstr. 7 | D-51379 Leverkusen | info@budrich.de | www.budrich.de



Die Verwendung von Materialien Dritter in diesem Buch bedeutet nicht, dass diese ebenfalls der genannten Creative-Commons-Lizenz unterliegen. Steht das verwendete Material nicht unter der genannten Creative-Commons-Lizenz und ist die betreffende Handlung gesetzlich nicht gestattet, ist die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers für die Weiterverwendung einzuholen. In dem vorliegenden Werk verwendete Marken, Unternehmensnamen, allgemein beschreibende Bezeichnungen etc. dürfen nicht frei genutzt werden. Die Rechte des jeweiligen Rechteinhabers müssen beachtet werden, und die Nutzung unterliegt den Regeln des Markenrechts, auch ohne gesonderten Hinweis.

Dieses Buch steht im Open-Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download bereit (<https://doi.org/10.3224/84740619>).

Eine kostenpflichtige Druckversion (Print on Demand) kann über den Verlag bezogen werden. Die Seitenzahlen in der Druck- und Onlineversion sind identisch.

ISBN 978-3-8474-0619-8 (Paperback)
eISBN 978-3-8474-0275-6 (eBook)
DOI 10.3224/84740619

Umschlaggestaltung: Judith Walgenbach, Hamburg; Bettina Lehfeldt, Kleinmachnow
Lektorat: Natascha Compes, Wuppertal; Anja Borkam, Jena
Satz: Sven Neidig, Bochum
Typografisches Lektorat: Anja Borkam, Jena
Druck: paper & tinta, Warschau
Printed in Europe

Inhalt

Katharina Walgenbach und Anna Stach

Einleitung..... 7

Geschlecht in gesellschaftlichen Transformationsprozessen

Katharina Walgenbach

Geschlecht in gesellschaftlichen Transformationsprozessen..... 21

Angela McRobbie

Das Geschlecht des Postfordismus: *passionate work*,
„Risikoklasse“ und „eigenes Leben“ 51

Sara R. Farris

Femonationalismus und Staatsfeminismus..... 75

Jeff Hearn

Geschlechterverhältnisse und soziale Transformationsprozesse –
Eine Annäherung aus der Perspektive von Männern und
Männlichkeiten 91

Transformationen von Geschlechterordnungen und Care

Tove Soiland

Die Ungreifbarkeit postfordistischer Geschlechterhierarchie 115

Christine Thon

„Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ – ein neoliberaler Diskurs?
Familienpolitische und pädagogische Interventionen
zur Herstellung von Subjekten der Vereinbarkeit..... 131

Transformation von Geschlecht, Bildung und Erziehung

Barbara Rendtorff

Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten – Zum aktuellen
Umgang mit Geschlecht im Kontext von Bildung..... 147

Meike Sophia Baader

Erziehung, Bildung, Geschlecht und Wissenschaft –
Vexierspiele, De-Thematisierungen, *Hidden Gender Structures*
und Verschiebungen in einem komplexen Verhältnis..... 159

Gesellschaft und Subjekte transformieren

Regina Becker-Schmidt

Sexualität als Matrix hegemonialer Ordnung – das Sexuelle
als Triebkraft von Subjektivierung. Anmerkungen zu Teresa de
Lauretis' Entwurf einer feministischen Psychoanalyse..... 177

Antke Engel

Queere Politik der Paradoxie:
Widerstand unter Bedingungen neoliberaler Vereinnahmung 191

Susanne Maurer

Gelebte Kritik und experimentelle Praxis: Dimensionen von
Bildung im Kontext der *Neuen Frauenbewegung* 205

Autor_innen und Herausgeberinnen..... 225

Sara R. Farris

Femonationalismus und Staatsfeminismus

Mein Ziel ist es, in diesem Beitrag eine ausschlaggebende, aber stets übersehene Facette jener gesellschaftlichen Transformationen zu analysieren, die in den letzten Jahren durch Geschlechterordnungen herbeigeführt wurden. Ich beziehe mich auf die gegenwärtige Beteiligung einiger Feministinnen an der weit verbreiteten Stigmatisierung von Migrant_innen im Allgemeinen und muslimischen Migrant_innen im Besonderen im Namen der Gleichstellung der Geschlechter.

Um dieses allgemeine Phänomen zu beschreiben, verwende ich den Begriff Femonationalismus. Ich werde kurz erläutern, was ich mit diesem Begriff meine, und den weiteren Geltungsbereich meines Vorhabens erklären, bevor ich zum Kern meines Beitrags komme. Femonationalismus nenne ich jene ideologische Formation, in der heterogene anti-immigrantische und anti-islamische Anliegen nationalistischer Parteien, einiger Feministinnen und neoliberaler Regierungen unter dem Vorzeichen der Gleichstellung der Geschlechter (vgl. Farris 2012) zusammenkommen. Der Begriff erinnert an Jasbir Puars Begriff des Homonationalismus, der sowohl beschreibt, was sie ‚Kollusion‘ der Bewegungen von LGBTQ (Lesben, Homosexuellen, Bisexuellen, Transgender, Queer) und amerikanischem Nationalismus nennt, wie die gleichzeitige Mobilisierung von Homosexuellenrechten durch Nationalisten gegen den Islam (vgl. Puar 2007).

Ähnlich verwende ich den Begriff Femonationalismus, um den komplexen und einigermaßen paradoxen Zusammenhang zwischen Feminismus und Nationalismus, Frauenrechtsbewegungen, Frauenrechtsorganisationen und Islamophobie zu erfassen. Dabei setze ich einen besonderen Schwerpunkt auf drei Länder: Frankreich, Italien und Niederlande. Es gibt jedoch wichtige Unterschiede zwischen Puar und meinem eigenen Ansatz, auf die ich um der größeren Klarheit willen kurz eingehen möchte.

Erstens behandle ich den Femonationalismus als ideologische Formation und nicht als diskursive Taktik. Zweitens benutze ich den Begriff ‚Konvergenz‘ anstelle von ‚Kollusion‘, um die multiplen, widersprüchlichen und spannungsreichen Beziehungen zwischen verschiedenen sozialen und politischen Agenden, die diese ideologische Formation charakterisieren, zu verdeutlichen. Drittens verwende ich den Begriff ‚Nationalismus‘ – vereinfacht definiert als die Überlegenheit, die politische Akteure nationalen Abstammungslinien des Staates, der Kultur oder der Zivilisation zuschreiben – um auf den gemeinsamen Rahmen hinzuweisen, innerhalb dessen diese Konvergenz stattfindet. Schließlich geht es mir um die spezifischen politökonomischen Dimensionen dieser Konvergenz. Daher gehe ich vor allem auf die besonderen

Merkmale der Arbeit von Migrantinnen und die geschlechtliche Arbeitsteilung zwischen – muslimischen und nicht-muslimischen – Migrant_innen und Nicht-Migrant_innen ein, nicht nur auf die Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen, sondern auch auf die zwischen Nicht-Migrantinnen und Migrantinnen, um die Materialität der femonationalistischen Ideologie sichtbar zu machen (vgl. Farris 2011). Wie ich anfangs erwähnt habe, möchte ich mich in diesem Beitrag auf einen bestimmten Akteur in der Konvergenz, nämlich den Feminismus, konzentrieren.

Der Femonationalismus hat innerhalb des Feminismus zu tiefgehenden Spaltungen geführt. Die Migrantinnenfrage, insbesondere die Frage der muslimischen Frauen, ist in den letzten Jahren in der Tat ein Feld lebhafter Debatten gewesen, auf dem sich feministische Intellektuelle, Politiker_innen und Aktivist_innen in ganz Europa (und der westlichen Welt) engagiert haben. In Frankreich, Italien und den Niederlanden haben bekannte Feministinnen wie Elisabeth Badinter, Ida Magli und Cisca Dresselhuys öffentlich die Auffassung vertreten, der Islam sei von Grund auf misogyn. Da der Islam als eine Religion gilt, die auf der untergeordneten Rolle der Frauen in der Gesellschaft beharrt und deren Sexualität unter strenger Kontrolle hält, wird behauptet, er sei gegen Frauenemanzipation überhaupt; die Vorstellung eines islamischen Feminismus wird als eine *contradictio in adiecto* abgetan. Auf der anderen Seite des Spektrums haben jedoch Feministinnen in den gleichen Ländern – u.a. Christine Delphy, Annamaria Rivera und Anja Meulenbelt – eine solche Charakterisierung des Islam kritisiert, nicht nur, weil es sich um eine unzulässige Verallgemeinerung handele, sondern auch weil sie dazu beitrage, die wachsenden Ressentiments gegen Immigrant_innen zu schüren. Diese Feministinnen sind sogar der Meinung, mit diesen Positionen bestehe die grundlegende Gefahr, Feminismus und Rassismus auf eine Linie zu bringen.

Ich möchte von vornherein sagen, dass ich mit meiner Position der zweiten Gruppe nahestehende. Insbesondere stimme ich mit jenen Wissenschaftlerinnen überein, welche die Nähe zwischen den antiislamischen Anliegen einiger Feministinnen und Politiker_innen, die sich gegen Einwanderung aussprechen, nicht einfach als eine Frage der Instrumentalisierung der ersteren durch die letzteren behandeln, sondern sie als eine aktive Form der Konvergenz analysieren. Mit anderen Worten, während der Feminismus – als Allgemeinbegriff für die Befreiung der Frauen vom Patriarchat – ganz sicher von politischen Bewegungen gegen Einwanderung instrumentalisiert wurde, welche die Gelegenheit nutzen, die Rechte der Frauen als Waffen im Krieg gegen die (muslimischen) Migrant_innen zu gebrauchen, sollten jene Feministinnen, die eine repressive Politik gegenüber muslimischen oder anderen nicht-westlichen Migrant_innen mit ihren religiösen und sozialen Praktiken im Namen der Geschlechtergerechtigkeit offen befürwortet haben, nicht als passive Zuschauer oder als Opfer von Instrumentalisierung angesehen werden. Vielmehr sollten sie als bewusste politische Subjekte betrachtet werden, die sich von bestimmten Beweggründen und Zielen leiten lassen. Allerdings bleiben die spezifische

Art dieser Beweggründe und Ziele sowie die Auswirkungen der aktiven Konvergenz mit anti-immigrantischen/islamophoben politischen Agenden, die ihr Ergebnis ist, zu klären.

Von kritischen Feministinnen sind bereits sehr überlegte Interpretationen dieses Phänomens vorgelegt worden, besonders in Frankreich. So ist etwa nach Félix Boggio Éwanjé-Épée und Stella Magliani-Belkacem (2012), den Autor_innen einer überzeugenden Kritik, in der der Vorrang des Weißseins im französischen Feminismus in eine historische Perspektive gerückt wird, die Konvergenz zwischen Feminismus und zeitgenössischer Islamophobie strategisch zu verstehen: „Wenn einige Feministinnen zu einer rassistischen oder imperialistischen Politik beitragen können, so deshalb, weil sie die strategischen Chancen ergriffen haben, ihre Forderungen voranzutreiben, indem sie eine Öffnung, die das rassistische System bietet, als Vorteil nutzen“ (2012: 15). Ähnlich beschreibt Christine Delphy (2008) die Konvergenz zwischen Feministinnen, die für das Anti-Schleier-Gesetz sind, mit einer rassistischen französischen Politik, als eine Konvergenz von ‚Opfern‘. Weil sie Anti-Sexismus und Anti-Rassismus gegeneinander stellen und sie als Formen des Kampfes verstehen, die nicht miteinander vereinbar sind, sagt Delphy, haben einige Feministinnen ersteren auf Kosten des letzteren gewählt. Schließlich behauptet die Soziologin Sylvie Tissot, es gebe eine konjunkturelle Konvergenz zwischen dem, was sie ‚Staatsfeminismus‘ nennt, und dem rassistischen System. Sie sagt: „Der Feminismus ist eine der ‚Metaphern für Rassismus‘ geworden“ (Tissot 2007).

In diesem Artikel gehe ich einer Hypothese nach, die auf diesen Interpretationen aufbaut und sie zu erweitern versucht. Ich möchte vor allem einen bestimmten Punkt der Konvergenz zwischen Staatsfeminismus und anti-immigrantischer/anti-islamischer Politik genauer beleuchten, indem ich ein Phänomen fokussiere, das bisher weitgehend übersehen wurde. Ich beziehe mich auf die Aufrufe, die Beschäftigung von Migrantinnen zu fördern, die in ganz Europa integraler Bestandteil der bürgerlichen Integrationspolitik sind. Diese Aufrufe sind, wie ich näher erläutern werde, sowohl von Staatsfeministinnen eingeführt wie durch die Mobilisierung des Staatsfeminismus umgesetzt worden.

Es bedarf an dieser Stelle einer terminologischen Klärung: Erstens, ich übernehme die Kategorie des Staatsfeminismus aus der umfangreichen Literatur zu diesem Thema (vgl. Outshoorn und Kantola 2007) und beziehe mich damit sowohl auf den ‚Mainstream-Feminismus‘, als die von mehreren europäischen Staaten offiziell bestätigte Position in Bezug auf die legitime Bedeutung der Frauenrechte, wie auf Frauenrechtsorganisationen, staatliche Gleichstellungsstellen und/oder staatlich bestellte Ausschüsse, welche die Positionen des Mainstream-Feminismus zum Ausdruck bringen. Zweitens, ich benutze – anstelle von ‚muslimische Frauen‘ – den Begriff ‚Migrantinnen‘, um mich auf die allgemeine Gruppe der Migrantinnen zu beziehen, die Staatsfeministinnen und Anti-Immigrationspolitiker_innen im Rahmen der

Integrationspolitik entdeckt haben. Obwohl sich in den letzten Jahren Diskussionen über die Viktimisierung von Frauen in nicht-westlichen Kulturen auf den Islam konzentriert haben, behaupte ich, dass ‚muslimische Frauen‘ für das europäische Stereotyp der Migrantinnen im Allgemeinen die Rolle eines *pars pro toto* spielen. Selbst wenn sie durch Diskussionen über das Patriarchat (und dessen Darstellungen) innerhalb der muslimischen Migrant_innengemeinschaften gründlich informiert sind, zielen die integrationspolitischen Strategien und die ökonomischen Aspekte, die ich diskutieren werde, tatsächlich auf Migrantinnen insgesamt ab.

1. Vergeschlechtlichte Integration als Workfare

In der wachsenden Literatur über die Gender-Dimensionen der Integrationspolitik in Europa – d.h. jener Politik, die von Migrant_innen verlangt, Kenntnisse der Sprache, der Geschichte und der Werte des Ziellandes nachzuweisen, ehe ein Visum erteilt wird – ist die Tatsache, dass diese Politik sich an Migrantinnen als Lohnarbeiterinnen wendet, mit wenigen Ausnahmen, völlig übersehen worden (vgl. Kirk und Suvarieriol 2013; Gourdeau 2013). Die Diskussionen wurden von den kulturellen Aspekten jener Ansprüche beherrscht (vgl. etwa die Bilder niederländischer Frauen, die ohne Oberteil ein Sonnenbad nehmen, in den Integrationsmaterialien für die Niederlande), und doch sind die ökonomischen Aspekte sehr wichtig. Die wirtschaftliche Integration von Migrantinnen ist in der Tat eines der Hauptziele der europäischen Leitlinien zur zivilgesellschaftlichen Integration. In der Agenda der Europäischen Kommission von 2011, dem Dokument, das die Philosophie des gesamten zivilen Integrationsprojekts in Europa zusammenfasst, wird die Gleichstellung der Geschlechter nahezu ausschließlich in Bezug auf Erwerbstätigkeit erwähnt.

Die Privilegierung der Arbeit als Hauptarena von Eingriffen zur Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen auf EU-Ebene ergibt sich aus der strikten Bindung der neueren Integrations- und Migrationspolitik an die so genannte *Europa 2020*-Strategie. Dabei handelt es sich um den im Jahr 2010 von der Europäischen Kommission ausgearbeiteten Masterplan, mit dem Parameter zur Förderung der europäischen Wirtschaft festgelegt wurden: Die Erwerbsquote der Bevölkerung in der EU soll bis 2020 auf 75 % erhöht werden. Die *Europa 2020*-Strategie ist die Ratifizierung des *Job first*-Prinzips, das in den späten 1990er Jahren allmählich überall in der EU übernommen und besonders während der jüngsten Finanzkrise stark aktiviert wurde, auf der Ebene der EU.

Durch die Übernahme des *Job first*-Prinzips und des 75 % Ziels als Organisationsperspektiven verwandelt sich Europa aus einem Wohlfahrts-Regime zunehmend in ein Workfare-Regime. An die Stelle eines Systems, das auf Formen der allgemeinen Solidarität beruht, die an die Bürgerrechte gebunden sind, tritt ein System, das auf selektiven und temporären Vertragsbeziehungen basiert, das zwischen verdienstvollen und unwürdigen Armen unterscheidet und die Bürgerrechte entuniversalisiert – alles in schönstem Einklang mit dem Neoliberalismus (vgl. Wacquant 2010). Die neoliberale Ideologie, welche die Workfare-Politik prägt, ist besonders hart, wenn es um bestimmte Gruppen von Migrant_innen geht, und wirft damit ein Schlaglicht auf die ‚Rassen‘- und Klassenvorurteile dieser Politik. Während ‚Hochqualifizierte‘ und Migrant_innen aus dem Westen in einigen Ländern von den Integrationsprüfungen ausgenommen sind, werden ‚geringqualifizierte‘ und nicht-westliche Migrant_innen, die eine Familienzusammenführung erreichen wollen, strengen Workfare-Programmen unterzogen.

Die ideologische Infrastruktur, welche die ökonomischen Anforderungen oder die mit der Integrationspolitik verknüpften Workfare-Maßnahmen durchdringt, ist in besonderer Weise geschlechtsgebunden. Das Bedürfnis, die Erwerbstätigkeit von Migrantinnen zu fördern, das sowohl in Workfare- wie in Integrationsrichtlinien Priorität zu haben scheint, beruht eigentlich nicht so sehr auf der Annahme, dass Frauen dem System als Parasiten zur Last fallen könnten – wie im Falle migrantischer Männer, besonders in der öffentlichen Debatte in den nationalen Medien, ständig behauptet wird. Vielmehr wird auf die Integration von Migrantinnen in den Arbeitsmarkt soviel Wert gelegt, weil man sie als eine Chance sich zu ‚emanzipieren‘ auslegt. In den offiziellen Dokumenten der Europäischen Kommission, in denen die Parameter für die Integration von Migrant_innen entwickelt werden, wird diese Vorstellung sehr deutlich; da Arbeit „eine der besten und konkretesten Möglichkeiten ist, sich in die Gesellschaft zu integrieren“, sollen Integrationspakete auf nationaler Ebene „die spezifischen Bedürfnisse der Migrantinnen ansprechen, um ihre Beteiligung am Arbeitsmarkt zu fördern und *ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit zu stärken*“ (European Commission 2011: 7, Hervorhebung S. R. F.).

In den letzten Jahren wurden auf EU-Ebene eine Fülle statistischer Daten, zahlreiche länderübergreifende Studien und politische Dokumente aufgegeben, um zu zeigen, dass migrantische Frauen im Vergleich zu migrantischen Männern niedrigere Beschäftigungs- und Erwerbsquoten aufweisen. Die geringere Beteiligung von Migrantinnen am Arbeitsmarkt wird mehr oder weniger explizit ihrer kulturellen Rückständigkeit zugeschrieben. Sie wird dafür verantwortlich gemacht, dass Frauen in einem Zustand der Unterwerfung und wirtschaftlicher Abhängigkeit gehalten und daher nicht ermutigt werden, einer bezahlten Arbeit nachzugehen. Im Falle der nicht-westlichen Frauen, die zumeist als Familienmitglieder nach Europa kommen, wird der Nachdruck auf Erwerbsarbeit als Paradebeispiel der Integration folglich nicht

nur durch die Workfare-Strategie der EU bestimmt, sondern entspringt auch jener besonderen Interpretation der Gleichstellung der Geschlechter, die der Staatsfeminismus propagiert. Für die europäischen Staatsfeministinnen war die Förderung der Gleichstellungspolitik in den letzten Jahren offenbar von der allgemeinen Vorstellung geprägt, dass Arbeit die Frauen befreie; dementsprechend sollte als Prüfstein für die Gleichstellung der Geschlechter außerhäusliche Arbeit herhalten.

Auch wenn nicht ausdrücklich von Workfare die Rede ist, sondern von Geschlechtergerechtigkeit zugunsten wirtschaftlicher Unabhängigkeit der Frauen, ist der Nachdruck, mit dem der Staatsfeminismus die Frauen – einschließlich der Migrantinnen – für die Erwerbsarbeit mobilisieren will, um die von der *Europa 2020*-Strategie festgelegten Ziele zu erreichen, einer der Punkte, an denen er auf eine irgendwie paradoxe Weise mit neoliberalen rassistischen politischen Agenden konvergiert. Aber welche konkreten Folgen hat dieses Paradoxon für das Leben von Migrantinnen auf nationalstaatlicher Ebene?

2. Integration von Gender (und ‚Rasse‘) als Pflegearbeit

Um eine Vorstellung davon zu geben, wie wirtschaftliche Integrationsprogramme für Migrantinnen in Europa umgesetzt werden, werde ich auf zwei Fälle kurz eingehen: die Niederlande und Frankreich. Bezeichnend ist insbesondere der niederländische Fall. 2007 hat die Kommission für die Beteiligung von Frauen ethnischer Minderheiten oder PaVEM (*Participatie van Vrouwen uit Etnische Minderheden*), die 2003 eingerichtet worden war, um das Problem der Integration von Migrantinnen in Angriff zu nehmen, ein Programm zur Förderung der Teilnahme von Migrantinnen am Erwerbsleben entworfen. Unter der Aufsicht des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft, das für die Gleichstellung der Geschlechter zuständig ist, wurde das so genannte „Tausend und eine Kraft“-Projekt (*Duizend en één Kracht*) ins Leben gerufen. Das Programm hatte den Anspruch, Migrantinnen, die sich Integrationsprogrammen unterzogen, zur Teilnahme an der Zivilgesellschaft zu ermutigen, indem sie ausdrücklich eingeladen wurden, ehrenamtliche Arbeit zu übernehmen. In einer bizarren Verkehrung von Mittel und Zweck, wurde die *unbezahlte* freiwillige Arbeit tatsächlich als Königsweg dargestellt, um das Ziel ökonomischer Unabhängigkeit zu erreichen. Wie Kate Kirk und Semin Suvarieriol feststellen, wurde das Projekt umgesetzt, obwohl Forschungsergebnisse aus dem Niederländischen Institut für Sozialforschung (SCP) vorlagen, die zeigten, dass die meisten befragten Migrantinnen unbezahlte ehrenamtliche Arbeit nicht befürworteten (vgl. Kirk und Suvarieriol

2013; Snelders et al. 2011). Vor allem wollten sie die Art der ehrenamtlichen Arbeit nicht ausführen, zu der sie das Projekt hauptsächlich ermutigte: das heißt, Pflegearbeit in Krankenhäusern und Einrichtungen für Kinder, häusliche Pflege in Alten- und Behindertenheimen.

Das „Tausend und eine Kraft“-Projekt war keine vereinzelte oder ungewöhnliche Initiative. Vielmehr war es Teil der Bewegung in Richtung Workfare, welche die niederländische Regierung in den frühen 1990er Jahren initiiert hatte (vgl. Entzinger 2006), die zunehmend auf Migrantinnen und Frauen aus ethnischen Minderheiten abzielte. In den Niederlanden stimmten also die Aufrufe von Workfare und Staatsfeminismus zur Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt nicht nur darin überein, dass von Migrantinnen erwartet wurde, unentgeltlich zu arbeiten, sondern auch darin, dass sie ermutigt wurden, in den Reproduktionssektor zu gehen.

Mit dem Gesetz zur Integration von Migrant_innen wurde in Frankreich seit 2009 ein ‚berufliches Eignungsprofil‘ (*bilan de compétences professionnelles*) als obligatorische Voraussetzung für alle Unterzeichner_innen des Aufnahme- und Integrationsvertrags (*Contrat d'accueil et d'intégration*) eingeführt. Die Einführung des obligatorischen beruflichen Eignungsprofils wurde als Instrument gegen die benachteiligte Stellung der Migrationsbevölkerung auf dem Arbeitsmarkt gesehen, vor allem sollte etwas gegen die Benachteiligung des weiblichen Teils dieser Bevölkerung geschehen. Denn obwohl die Frauen im Durchschnitt besser ausgebildet waren als die Männer, wie eine nationale Erhebung (Infos Migration 2011) belegt, hatte sich das höhere Ausbildungsniveau der Migrantinnen nach zwei Jahren in Frankreich nicht in einen Arbeitsmarkterfolg umgesetzt, vielmehr hatten Frauen größere Schwierigkeiten als Männer, einen Job zu finden.

Das berufliche Eignungsprofil, das neu eintreffenden Migrant_innen vermittelt einer Beurteilung ihrer Fähigkeiten und Einstellungen angeblich helfen kann, die passende Stelle zu finden, hat sich jedoch mittlerweile in ein Kontrollinstrument für Angebot und Nachfrage verwandelt, hauptsächlich im Hinblick auf letztere. Alles in allem hat die Ermutigung von Migrantinnen sich aktiv am Arbeitsmarkt zu beteiligen und die Entwicklung von Instrumenten (wie dem beruflichen Eignungsprofil), mit denen sie Hindernisse auf ihrem Weg angeblich besser überwinden sollten, sie *de facto* auf jene Arbeitsplätze gelenkt, die die im Lande geborenen Frauen und Männer nicht übernehmen wollen: Hauswirtschaft, Reinigung, Kinderbetreuung, Pflege und Fürsorge (vgl. Leroi und Thévenot 2011). Selbst wenn sie über ein höheres Bildungsniveau und ganz andersgeartete frühere Berufserfahrungen verfügen, werden Migrantinnen in Frankreich wie in den Niederlanden systematisch in den Bereich der Reproduktion gelenkt. Vor diesem Hintergrund erscheint die prominente Rolle, die französische Staatsfeministinnen in Europa bei der Stigmatisierung nicht-westlicher, vor allem muslimischer Kulturen und religiöser Praktiken als Hort aller Misogynie und Integrationshindernis

übernommen haben, als ebenso widersprüchlich wie ihre Unterstützung von Integrationsmaßnahmen für Migrantinnen.

Statt die Migrantinnen zu stärken, scheinen der institutionelle Diskurs und die Praxis der französischen *intégration républicaine*, die viele Feministinnen begeistert übernommen haben, bisher eine Richtung einzuschlagen, in der gerade jene Formen geschlechtlicher Diskriminierung verstärkt werden, die der französische Staatsfeminismus so lautstark angeprangert hat. Die Einführung von Integrationsstrategien, die Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt ‚aktivieren‘ sollen, verschlimmert in Wirklichkeit den hochgradig feminisierten und rassistierten Arbeitsmarkt von Pflege- und Hausarbeit in seiner Struktur noch mehr (vgl. Gourdeau 2013; Scrinzi 2011).

Der Fürsorge- und Haushaltssektor oder der Reproduktionssektor (Reinigung, Hauswirtschaft, Kinderbetreuung, Krankenpflege, Fürsorge) scheint also der einzige Wirtschaftszweig zu sein, in dem Migrantinnen zur Arbeit aufgefordert oder gedrängt werden, und wo sie sogar ehrenamtlich arbeiten sollen. Dieser Befund lässt die ‚emanzipatorischen‘ Kapazitäten der Workfare-Politik für Migrantinnen nicht gerade in strahlendem Licht erscheinen. Uns stellt sich im Anschluss daran insbesondere die Frage, ob die nahezu ausschließliche Verfügbarkeit von Pflege- und Hausarbeit für Migrantinnen wirklich dazu angetan ist, ihre Integration zu verbessern. Zweifellos hat der Staatsfeminismus sich bei der Umsetzung der Vorschriften der Europäischen Kommission bezüglich der Erwerbsarbeit von Migrantinnen in beiden Ländern an vorderster Front engagiert und hat die Migrantinnen auf Arbeitsplätze in der Pflege und im Haushalt gelenkt. Damit hat der Staatsfeminismus allerdings (bewusst oder unbewusst) zur Reproduktion von Pflege- und Hausarbeit als vergeschlechtlichter und zunehmend auch rassistierter Tätigkeit beigetragen. Indem er den Workfare-Aufrufen der Integrationspolitik Folge leistete und die Umsetzung von Programmen unterstützte, mit denen Migrantinnen in den Pflege-, Reinigungs- und Haushaltsbereich abgeschoben wurden, pflichtete der Staatsfeminismus faktisch der neoliberalen Workfare-Ideologie bei, mit der gesellschaftliche Spaltungen entlang der Bruchlinien von Geschlecht, ‚Rasse‘ und Klasse perpetuiert werden. Es ist ziemlich bemerkenswert, dass die Umbesetzung und Neudefinition der Arbeit von Migrantinnen als Chance für wirtschaftliche Unabhängigkeit und Emanzipation – unter der stereotypen Annahme, dass sie ‚abhängig‘ und rückwärtsgewandt seien – zumeist im Namen einer Emanzipation der Frauen durch Teilnahme an der Produktion vorgeschlagen wird.

Die Frage ist dann allerdings, warum eben diese Vorstellung von Frauenemanzipation durch Teilnahme an der Produktion nun dazu benutzt wird, Migrantinnen in die ‚soziale Reproduktion‘ zu drängen?

3. Produktive Arbeit, produktivistische Ethik und soziale Reproduktion

Ökonomische Unabhängigkeit von Frauen und ihr gleichberechtigter Zugang zum Arbeitsmarkt war von Anfang an eine der wichtigsten, aber auch kontrovers diskutierten Forderungen der Frauenbewegung. Tatsächlich führte diese Forderung mehr als jede andere zu Spaltungen, vor allem zwischen liberalen und sozialistischen Feministinnen. Während erstere für die Einbeziehung von Frauen in den Bereich der ökonomischen Produktion und damit gegen die Einschließung von Mittelschichtfrauen in der Privatsphäre kämpften, wollten letztere die Kämpfe der Frauen aus den bauerlichen und Arbeiterschichten vertreten, die dem Heer der Arbeitskräfte schon längst einverleibt worden waren (vgl. Tilly und Scott 1978). Zu einem historischen Zeitpunkt, an dem der Aufstieg der Frauenbewegung in Europa mit der Entstehung und Konsolidierung industrieller Massengesellschaften und den harten sozialen Ungleichheiten, welche diese Industrialisierung hervorbrachte, zusammenfiel, trennten die sozialen Klassen (und in diesem historischen und geographischen Kontext in geringerem Maße auch die ‚Rasse‘) Frauen mehr als ihr Geschlecht sie vereinen konnte.

Ich würde sagen, dass es das Aufkommen des Fordismus im zwanzigsten Jahrhundert und die Entwicklung des so genannten Ernährermodells waren, welche die geschlechtliche Arbeitsteilung jenseits der Klassen grundlegend veränderten und damit eine gemeinsame Grundlage für Frauensolidarität boten. In den verschiedenen Ländern setzte der Fordismus in unterschiedlichen Schritten und Phasen ein neues Gesellschaftsmodell durch, das alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens prägte. Dem männlichen Ernährermodell lag eine Reihe von Annahmen über die Geschlechterrollen zugrunde, insbesondere über die Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen im Haushalt. Die Verantwortung der Männer bestand darin, für das Haupteinkommen der Familie zu sorgen, während es die Pflicht der Frauen war, die Hausarbeiten, die Betreuung der Kinder und oft auch die Fürsorge für ältere Familienmitglieder zu übernehmen.

Die Stärke des Modells und der geschlechtlichen Arbeitsteilung, die damit einherging, wurde durch eine Reihe sozialstaatlicher Regelungen gewährleistet, die das Überleben der Familie mit einem Einkommen sowohl in der Mittelschicht wie in der Arbeiterklasse ermöglichten. Die traditionelle, heterosexuelle und patriarchalische Kernfamilie war die maßgebliche soziale Einheit, in der die produktivistische Disziplin gestärkt und wiederbelebt wurde. Henry Ford selbst war überzeugt, dass „stabile und disziplinierte Arbeitskräfte durch die Institution der traditionellen Familie reproduziert wurden, und er verlangte, dass seine Arbeitnehmer sich an dem Modell orientierten“ (Weeks

2011: 64). Kurz gesagt, weibliche Abhängigkeit war sowohl in die Vorstellung vom Familienlohn wie in den Fordismus insgesamt eingeschrieben.

Eine weitere Annahme, auf der der Fordismus und das Ernährermodell beruhten, betraf das Wesen der Haushalts-, Fürsorge- oder Reproduktionsarbeit: Sie galt nicht als Arbeit und nicht als produktiv und wurde mithin nicht als eine Tätigkeit angesehen, die zu einer Entlohnung berechtigt. Obgleich der Fordismus an sich nicht für die Abwertung der Reproduktionsarbeit verantwortlich war, die viel früher begonnen hatte (vgl. Federici 2004), trug er zur Verstärkung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und ihrer Ausweitung auf die Arbeiterklasse bei.

Im Kontext des Fordismus mit seiner Nivellierung von Frauen unterschiedlicher sozialer Herkunft auf den Status der Hausfrau und mit seinem spezifischen Modus der Abwertung von Haushalts-, Fürsorge- oder Reproduktionsarbeit, können wir die Forderung der zweiten Welle des Feminismus nach Gleichstellung im ökonomischen Bereich und nach dem Zugang von Frauen zu Erwerbsarbeit als ‚Werkzeug‘ ihrer Emanzipation verstehen. Diese Forderung lag tatsächlich quer zu den verschiedenen politischen Strömungen des Feminismus. Von Simone de Beauvoir bis zu Betty Friedan machte sich die Mehrheit der Feministinnen die Vorstellung zu eigen, dass Reproduktionsarbeit im Haushalt eine Entmachtung der Frauen und im Gegenzug Erwerbsarbeit eine Voraussetzung ihrer Emanzipation sei.

So viel zum Fordismus. Mit dem Aufkommen des sogenannten Postfordismus und des Neoliberalismus ist seit den späten 1970er und 1980er Jahren die Eingliederung der Frauen in bezahlte Arbeit Wirklichkeit geworden. Die große Mehrheit der erwerbsfähigen Frauen in Westeuropa wurde, wenn auch in unterschiedlichem Tempo und zu unterschiedlichen Prozentsätzen, in den Arbeitsmarkt integriert. Allerdings unterscheiden sich die Voraussetzungen, unter denen dieses Phänomen stattgefunden hat, sehr von denen, die im Fordismus vorherrschten. War der Fordismus die Ära der Fabrikation, der relativen Stabilität von Arbeit und Einkommen und der Verfügbarkeit eines breiten Netzwerks von Sozialleistungen, die auch einer Arbeiterfamilie mit nur einem Einkommen zu angemessenem Lebensstandard verhalf, ist der Postfordismus die Ära des Dienstleistungssektors, in der berufliche Flexibilität, Teilzeitarbeits- oder Zeitarbeitsverträge und die Erosion der Sozialleistungen das Leben von Doppelverdiener-Familien beherrschen.

Unter dem Postfordismus und dem Neoliberalismus sind die Folgen der Einbindung von Frauen in den Arbeitsmarkt daher für die Geschlechterrollen und die feministischen Forderungen selbst dramatisch. Die Kämpfe für den Zugang von Frauen zur Erwerbsarbeit wurden zunehmend durch Kampagnen für gleichen Lohn und gleiche Chancen in der Arbeitswelt ersetzt; Klagen gegen die gläserne Decke der Männer, die viele Frauen davon abhält, Führungspositionen zu erreichen, gingen mit der Einführung institutioneller Regelungen einher, die Unternehmen zu Geschlechterquoten und Fördermaßnahmen verpflichten.

Obwohl in den Kämpfen, die gläserne Decke zu durchstoßen, immer noch nur eine Minderheit weiblicher Arbeitskräfte mit ihren Forderungen vertreten ist, wobei die meisten Frauen aufpassen müssen, nicht durch „einen strukturell instabilen Boden“ zu fallen (Weeks 2011: 151), ist die Mehrheit der Frauen in Westeuropa inzwischen effektiv in die Sphäre der Produktion eingegliedert. *Aber die Reproduktion ist nicht verschwunden.* Dennoch wurden der Dominanz der produktivistischen Ethik und der Privilegierung einer gleichermaßen ‚produktivistischen‘ politischen Agenda in den Kreisen des staatsfeministischen Mainstreams keine ähnlich kraftvollen Kampagnen für die Versorgung mit öffentlichen Fürsorge- und Pflegeeinrichtungen und die Stärkung des Wohlfahrtsstaates entgegengesetzt. Stattdessen werden selbst die bescheidenen öffentlichen Betreuungseinrichtungen, die in den meisten europäischen Ländern zur Verfügung stehen, zunehmend von der neoliberalen Politik hinweggefeht, so dass die meisten Familien in eine Situation kommen, in der die für die soziale Reproduktion zur Verfügung stehende Zeit immer knapper wird und die entsprechenden Aufgaben (immer häufiger) auf die Schultern nicht-westlicher Migrantinnen verlagert werden.

4. Westliche produktivistische Ethik für nicht-westliche Reproduktionsarbeiterinnen

Vor diesem Hintergrund ist es meiner Meinung nach erklärungsbedürftig, warum die politischen Maßnahmen zugunsten der wirtschaftlichen Integration von Migrantinnen diese Frauen am Ende in den Pflege- und Haushaltsbereich gedrängt haben. Insbesondere die sehr kurze kritische Genealogie der produktivistischen Ethik des westlichen Feminismus, die ich oben skizziert habe, kann uns helfen, das Paradox aufzulösen, das aus der Diskrepanz hervorgeht zwischen dem staatsfeministischen Appell an Migrantinnen, erwerbstätig zu werden, um ökonomisch unabhängig zu sein, einerseits, und der beunruhigenden Wirklichkeit, in der Migrantinnen gedrängt werden, umsonst zu arbeiten (wie in den Niederlanden), oder systematisch in die Privatsphäre oder soziale Reproduktion abgeschoben werden, andererseits.

Die Arbeit, zu der Migrantinnen von Staatsfeministinnen und Integrationspolitiker_innen aufgefordert werden, ist mit anderen Worten genau die, der die Mainstream-Feministinnen entkommen wollten, nämlich Reproduktionsarbeit. Freilich macht die Tatsache, dass Arbeitsplätze im Reproduktionssektor, auf den Migrantinnen beschränkt werden, heute Lohnarbeitsplätze sind, einen wichtigen Unterschied zu der Situation aus, welche die Feministinnen der zweiten Welle anprangerten. Doch hat die Bezahlung von Reproduktionsarbeit in den heutigen europäischen (und westlichen) Gesellschaften

in keiner Weise zu ihrer sozialen Rehabilitation beigetragen. Im Gegenteil, Pflege-, Fürsorge- und Haushaltstätigkeiten werden weiterhin als ungelern-te, geringfügige, punktuelle, servile und schmutzige Arbeit wahrgenommen. Diese Arbeit ist damit weiterhin sozial stigmatisiert, wird sehr schlecht bezahlt und ist bei den meisten europäischen Frauen unbeliebt (vgl. Anderson 2000; Lutz 2011).

5. Eine westliche feministische Teleologie der Emanzipation und ihre performativen Widersprüche

Anlässlich der Sozialreform in den USA im Jahre 1996 – der Einführung von Workfare, die alleinerziehende Schwarze Mütter unverhältnismäßig stark be-traf – stellte Gwendolyn Mink fest:

Wenn der Rassismus es den Politiker_innen ermöglicht hat, arme alleinerziehende Mütter als Bürgerinnen und Mütter zu negieren, so hat der weiße Mittelschichtsfeminismus den Politiker_innen zu einer Entschuldigung verholfen. Der Nachdruck, mit dem weiße Mit-telschichtsfeministinnen das Recht der Frauen auf außerhäusliche Arbeit vertreten haben – und die zunehmende Präsenz von Frauen auf dem Arbeitsmarkt – gab den Konservativen Deckung, die darauf aus waren, von alleinerziehenden Müttern Lohnarbeit zu verlangen, selbst wenn sie die traditionelle Familie verteidigten (Mink 1998: 23f.).

Mink erfasst die Auswirkungen des Paradoxons, das ich oben erwähnt habe, auf prägnante Weise: Wenn die ‚produktivistische Ethik‘ des Feminismus mit neoliberaler oder konservativer Workfare-Politik konvergiert, die zwangsläufig auf das Leben armer Frauen (Migrantinnen und Nicht-Migrantinnen gleichermaßen) abzielt, dann sind ‚rassen‘-, klassen- und geschlechtsspezifische Formen der Unterdrückung die unvermeidlichen Folgen dieser Liaison.

Wenn Staatsfeministinnen eine Integrationspolitik vertreten, die Migran-tinnen empfiehlt (oder sie drängt) erwerbstätig zu sein, mit dem Versprechen, dies würde ihre Integration und wirtschaftliche Unabhängigkeit verbessern, so schlagen sie mehr oder weniger stillschweigend vor, dass die Migrantinnen die Vorstellung westlicher Feministinnen von Emanzipation durch produktive Arbeit übernehmen. Der Appell des Staatsfeminismus an die Migrantinnen, erwerbstätig zu sein, kann mit anderen Worten als Empfehlung verstanden werden, dass sie die gleichen ‚Stadien‘ wie die westeuropäischen Frauen im zwanzigsten Jahrhundert durchlaufen sollen, um jene schwer erkämpfte Gleichheit zu erreichen, deren sich letztere angeblich erfreuen. Die pro-duktivistische Ethik, welche die an Migrantinnen gerichteten Aufrufe zur Erwerbsarbeit prägt, verwandelt sich so in *eine teleologische Vorstellung der Emanzipation*. Dementsprechend stellt die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt das *Telos* für ihre Emanzipation dar; oder, um es anders auszu-

drücken, die Erwerbsarbeit wird zu jenem Stadium, dass es Frauen angeblich ermöglicht, sich dem Zustand der Unterordnung, ökonomischen Abhängigkeit und Isolation, den die Reproduktions- oder Privatsphäre darstellt, zu entziehen.

Indem er nicht-westliche Migrantinnen dazu auffordert, erwerbstätig und damit ‚ökonomisch unabhängig‘ zu werden, das heißt, den Weg einzuschlagen, den westliche Feministinnen ihrer eigenen Emanzipationserzählung zufolge gegangen sind, behandelt der Staatsfeminismus diese Frauen so, wie Entwicklungs- und Modernisierungstheorien mit unterentwickelten Nationen verfahren: Sie sind immer einen Schritt (oder mehrere Schritte) hinterher und deshalb werden sie ‚aufholen‘ müssen. Wir können jedoch festhalten, dass so, wie die Ausbeutung der ‚natürlichen Ressourcen‘ nicht-westlicher Länder dem Westen ‚erlaubt‘, seine Produktions- und Konsumtionsmuster zu halten, es die soziale Reproduktionsarbeit der Migrantinnen ist, die es europäischen Frauen und Männern einschließlich der Staatsfeministinnen, die behaupten, Migrantinnen vor ihren „brown men“^{*} zu retten, ‚erlaubt‘, nicht nur ‚preiswerte‘ (wenn nicht gar unentgeltliche) Fürsorge- und Pflege zu bekommen, durch die sie sich am außerhäuslichen Arbeitsmarkt beteiligen können, sondern auch, die Illusion zu behalten, dass die Gleichstellung der Geschlechter erreicht wurde.

Letzten Endes möchte ich meinen, dass wir angesichts dieses speziellen Zusammentreffens von Umständen und der Entwicklungen, die ich in diesem Text beschrieben habe, die gegenwärtige Konvergenz zwischen Feminismus und anti-migrantischen und anti-islamischen politischen Agenden im Namen der Frauenrechte als einen *performativen Widerspruch* betrachten können, dessen Auswirkungen für die Kämpfe der Frauen insgesamt möglicherweise katastrophal sind. Ein performativer Widerspruch tritt auf, wenn es eine Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis, zwischen Proposition und Performanz gibt, oder zum Beispiel, wenn den Prinzipien, die das politische Handeln leiten, durch eben diese Handlung widersprochen wird.

Obwohl performative Widersprüche auch fortschrittlicher Politik dienlich sein können – wie in Judith Butlers überzeugender Behandlung des performativen Widerspruchs des Begriffs vom Universalismus der Rechte in den Händen der unterdrückten Subjekte (2000) – verwende ich diesen Begriff hier, um vor allem ihre schädlichen Folgen zu betonen. In dem besonderen islamfeindlichen und rassistischen Kontext, in dem diese Widersprüche entstanden sind, werden wir nicht mit den performativen Widersprüchen unterdrückter Subjekte konfrontiert (wie in Butlers Analyse), sondern mit politischen Subjekten, die die Voraussetzungen und die Rolle der Unterdrücker verinnerlicht haben.

Die staatsfeministische Umsetzung von Maßnahmen zur ökonomischen Integration von Migrantinnen im Bereich der sozialen Reproduktion ist in der

* Anmerkung der Herausgeberinnen: Farris bezieht sich hier auf eine Formulierung Gayatri Chakravorty Spivaks: „White men saving brown women from brown men“ (1988: 296).

Tat eine besondere ‚Performanz‘ die, obgleich sie als Instrument dargestellt wird, mit dem Migrantinnen in die Lage versetzt werden sollen *to undo gender*, die Bedingungen für intersektionale rassistische Diskriminierung ebenso produziert und verstärkt wie die Bedingungen für die Konstruktion und Perpetuierung von Geschlechterrollen. Staatsfeministinnen, die Maßnahmen unterstützen, welche als das beste Mittel zur Erreichung des Ziels der Befreiung der Frauen aus vermeintlich patriarchalen Kulturen gepriesen werden, opfern mit anderen Worten nicht einfach ihren Anti-Rassismus zugunsten von Anti-Sexismus. Vielmehr fördern sie aktiv jene Voraussetzungen für die Reproduktion der Segregation von Frauen auf gesellschaftlicher Ebene, für traditionelle Geschlechterrollen und Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, die sie zu bekämpfen behaupten. Durch die Unterstützung rassistischer Politik im Namen der Geschlechtergerechtigkeit setzen europäische Staatsfeministinnen am Ende eben diese aufs Spiel.

Aus dem Englischen von Regine Othmer

Literatur

- Anderson, Bridget (2000): *Doing the Dirty Work: The Global Politics of Domestic Labour*. London: Zed Books.
- Boggio Éwanjé-Épée, Félix/Magliani-Belkacem, Stella (2012): *Les féministes blanches et l'empire*. Paris: La Fabrique.
- Butler, Judith (2000): *Competing Universalities*. In: Butler, Judith/Laclau, Ernesto/Žižek, Slavoj: *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*. New York/London: Verso.
- Delphy, Christine (2008): *Classer, dominer: qui sont les „autres“?* Paris: La Fabrique.
- Entzinger, Han (2006): *The parallel decline of multiculturalism and the welfare state in the Netherlands*. In: Banting, Keith und Kymlicka, Will (Hrsg.): *Multiculturalism and the Welfare State: Recognition and Redistribution in Contemporary Democracies*. Oxford: Oxford University Press.
- European Commission (2010): *Europe 2020. A European strategy for smart, sustainable and inclusive growth*. Brussels, 3.3.2010 COM (2010) 2020.
- European Commission (2011): *European Agenda for the Integration of Third-Country Nationals*.
- European Commission (2011): *Strategy for Equality between Women and Men 2010-2015*. Luxembourg: Publications Office of the European Union.
- Farris, Sara R. (2011): *Die politische Ökonomie des Femonationalismus*. In: *Feministische Studien* 2, November, S. 321-334.
- Farris, Sara R. (2012): *Femonationalism and the Regular Army of Labor Called Migrant Women*. In: *History of the Present* 2, 2, S. 184-199.
- Federici, Silvia (2004): *Caliban and the Witch: Women, the Body, and Primitive Accumulation*. Brooklyn, NY: Autonomedia.

- Gourdeau, Camille (2013): Des usages contradictoires du Contrat d'accueil et d'intégration: de la prévention des discriminations sur le marché du travail à l'instrumentalisation raciste de l'égalité entre hommes et femmes. Colloque International Genre et Discriminations, organisé par le DIM „Genre, Inégalités, Discriminations“, Université Paris Ouest Nanterre La Défense.
- Jourdan, Virginie (2011): Les femmes immigrées signataires du CAI en 2009. Infos Migrations, 2011, Nr. 22.
- Kirk, Kate/Suvarieriol, Semin (2013): Emancipating Migrant Women? Gendered Civic Integration in the Netherlands. Conference Paper for European Conference on Politics and Gender, 21-23 March 2013.
- Leroy, Pascale/Thévenot, Laure (2011): Emploi peu qualifié: femmes et immigrés en première ligne. Institut d'Amenagement et d'Urbanisme: Note Rapide, Nr. 564, septembre.
- Lutz, Helma (2011): *The New Maids: Transnational Women and the Care Economy*. London: Zed Books.
- Mink, Gwendolyn (1998): *Welfare's End*. Ithaca: Cornell University Press.
- Outshoorn, Joyce/Kantola, Johanna (2007) (Hrsg.): *Changing State Feminism*. London: Palgrave.
- Scrinzi, Francesca (2011): Gender, migration, and the ambiguous enterprise of professionalizing domestic service: the case of vocational training for the unemployed in France. In: *Feminist Review* 98, S. 153-172.
- Snelders, Petra/van Eyma, Jenny/van Hinsberg, Annemarie (2011): *Doorpakken met Duizend en één Kracht. Schakelen tussen het beleid en de praktijk*. Movisie Report. Utrecht.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1988): „Can the Subaltern Speak?“. In: Cary Nelson und Lawrence Grossberg (Hrsg.): *Marxism and the Interpretation of Culture*. University of Illinois Press: Urbana.
- Tilly, Louise A. und Joan W. Scott (1978): *Women, Work, and Family*. London: Routledge.
- Tissot, Sylvie (2007): Bilan d'un féminisme d'État. En: *Plein droit* 75, décembre.
- Wacquant, Loïc (2010): Crafting the Neoliberal State: Workfare, Prisonfare, and Social Insecurity. In: *Sociological Forum* 25, 2, S. 197-220.
- Weeks, Kathi (2011): *The Problem with Work: Feminism, Marxism, Antiwork Politics, and Postwork Imaginaries*. Durham and London: Duke University Press.